



Welche Kosten der Fernwärmeerzeugung und Verteilung auf die durch Zwang angeschlossenen Haushalte abgewälzt werden, will die IG Fernwärme erfahren

Foto: Thomas Bischoff/Archiv

# Als Verein für die juristische Auseinandersetzung wappnen

IG Fernwärme wehrt sich weiter gegen Preiserhöhung und Intransparenz der Stadtwerke Böblingen

Die verärgerten Kunden der Stadtwerke Böblingen lassen nicht locker: Knapp ein Jahr nach der drastischen Erhöhung des Grundpreises für die Fernwärme ist aus der Interessengemeinschaft ein Verein geworden. So wollen sich die Betroffenen gegen mögliche juristische Scharmützel wappnen.

VON OTTO KÜHNLE

**BÖBLINGEN.** Aus einem Häuflein technisch Interessierter, das sich um die Verbesserung der Fernwärmeversorgung verdient gemacht hat, wird jetzt ein Verein der Widerständler gegen eine in ihren Augen ungerechtfertigte Erhöhung des Grundpreises durch die neuen Stadtwerke Böblingen. Bevor der Vorstand an die Öffentlichkeit ging, haben sich 13 Gleichgesinnte als Gründungsmitglieder gefunden, aktuell haben sich 59 Personen oder Eigentümergemeinschaften bereit erklärt, die 50 Euro Jahresbeitrag zu bezahlen. Man wolle als Verein ein Gegengewicht zu den Stadtwerken schaffen: „Wir unterstützen Personen, die verklagt werden, und sind mit Anwälten im Gespräch“, skizziert der Vorsitzende Klaus Gödde die Motivation der Gründung.

Es sind zuvorderst die Kritiker der Preiserhöhung, die sich in der IG Fernwärme versammeln. Den Aufschlag von 217 Prozent der Grundgebühr halten sie für nicht gerechtfertigt und verlangen für diesen eine transparente Begründung. Deshalb weigert sich ein Teil von ihnen, die höheren Abschläge zu bezahlen und überweist nur die bisher fälligen Beträge. Dem Verein sind 47 Personen bekannt, die sich weigern, den erhöhten Grundpreis zu bezahlen. Die Stadtwerke reden von 36 Personen, die die Zahlungen verweigern. „Wir sind keine Gegner der Fernwärme“, betont Pressesprecher Peter Aue, schließlich habe man sich jahrelang konstruktiv mit dem Ersten Bürgermeister Andreas Brand um eine Verbesserung gekümmert. „Wir wissen nicht, ob die Erhöhung gerechtfertigt ist, es gibt keinen Geschäftsbericht, keinen separaten Abschluss der Fernwärme“, moniert Aue.

Hinter der Weigerung der Preiserhöhung steht der Verdacht, die neuen Stadtwerke nutzten die per Benutzungszwang abhängigen Kunden aus, um „mit dem Gewinn andere Ausgaben der Stadtwerke querzufinanzieren“, so Gödde. Ulrich Priebe ergänzt: „Das Geld geht in versorgungsfremde Sparten wie das Industriegeleis, die Parkhäuser und die Bäder.“ Doch genau dies sei unzulässig, denn damit würden die Fernwärmekunden alleine eine Belastung tragen, die alle stemmen müssten. Bei der Fernwärme

mit Anschlusszwang handle es sich aber um ein Produkt der Daseinsvorsorge, bei dem maximal fünf Prozent Gewinn zulässig seien. Dem versuchten sich aber die Stadtwerke mit der „Flucht ins Privatrecht“ zu entziehen, so Aue.

## Für 8500 Haushalte eine eigene Gewinn- und Verlustrechnung

„Wir wollen Transparenz im Satzungsgebiet“, lautet die Forderung des Vereins laut Gödde. Deshalb solle für die 8500 Haushalte, in denen rund 20 000 Leute versorgt werden, eine eigene Gewinn- und Verlustrechnung erstellt werden. Damit sollten die Stadtwerke dann auch nachweisen, dass das Geld der Fernwärmekunden bei Investitionen diesen auch wieder zugute kommt.

Die Behauptungen, das Netz sei marode und es gebe einen Investitionsstau halten sie für vorgeschoben. Dem Netz sei noch 2004 ein guter Zustand attestiert worden. Nur ein kleiner Teil des Netzes sei mehr als 40 Jahre alt, der überwiegende Teil sei wesentlich jünger. Die Lebensdauer aber betrage gut und gerne 50 Jahre. Mit zehn Leckagen im Jahr sei die Fernwärmeversorgung überaus zuverlässig, die von der Geschäftsführung beklagten Wärmeverluste von 25 Prozent in den Leitungen seien keinesfalls dramatisch, „22 bis 23 Prozent sind durchaus normal“, so Aue. Zudem seien in den letzten zehn

Jahren rund eine Million Euro jährlich investiert worden, bei einem Umsatz von sieben Millionen Euro.

Heute schätzen die Preis-Rebellen den Gewinn der Fernwärmesparte auf rund eine Million Euro bei acht Millionen Euro Umsatz. Doch habe sich der Personalstand verdoppelt – dies wollen aber nicht die Fernwärmekunden tragen. Weshalb der Verein empfiehlt, den alten Grundpreis zu bezahlen – aber nicht mehr. Bisher erhielten die säumige Zahler eine Mahnung – von einer zweiten Mahnung oder Zwangsvollstreckungsmaßnahmen haben die Stadtwerke bisher abgesehen.

Nun will der Verein seine Ziele auch im Amtsblatt kommunizieren – so er darf. Auf Unterstützung aus der Politik hofft er bislang vergebens. Das Stadtoberhaupt als Aufsichtsratschef steht zu „seinen“ Stadtwerken, ebenso der Gemeinderat, der Aufsichtsräte entsendet. „Da sagte uns einer, dass er mit den Preisen nichts zu tun hat, obwohl dies im Gesellschaftsvertrag steht“, lästert Aue. Doch würden einige nervös, da sie ja wiedergewählt werden wollten.

„Wir wollen das Thema in der Öffentlichkeit halten“, verweisen die Vereinsgründer auf die vielen Mieter und Wohnungsbesitzer in Eigentümergemeinschaften, die „schutzlos sind, weil sie nicht direkt Kunden der Stadtwerke sind“.